

FRACKING

Nicht noch eine Ideologiefalle!

Auch wenn Umweltschützer und Energiekonzerne noch so überzeugt tun: In der Debatte um das Fracking gibt es keine schnellen Antworten, kommentiert Marlies Uken.

VON Marlies Uken | 11. Februar 2013 - 15:31 Uhr

© Jim Lo Scalzo/EPA/dpa



Fracking in Pennsylvania, USA

Kaum ist die Atomkraft-Debatte halbwegs befriedet, steht Deutschland ein neuer, ideologisch aufgeladener Streit ins Haus. Es geht um das sogenannte Fracking. Oder genauer: darum, ob die neue Gas-Fördertechnik ein energiepolitischer Segen ist – oder ein umweltpolitischer Sündenfall.

Längst haben sich Befürworter und Gegner hinter ihren Positionen verschanzt. Die Energiekonzerne hoffen auf ein Milliardengeschäft und warnen, die Gasförderung in Deutschland werde drastisch sinken, wenn die Technik nicht komme. Außenpolitiker hoffen wiederum darauf, dass das Gas aus Deutschland die Abhängigkeit von Russland verringert. Auf der anderen Seite stehen Umweltschützer und Aktivisten: Sie warnen, das Verfahren sei eine "Hochrisikotechnologie", es verseuche Grundwasser und erhöhe das Erdbebenrisiko. Erst am Wochenende kam es zu Demonstrationen, als der Hollywoodstar Matt Damon seinen Fracking-kritischen Film *Promised Land* in Berlin zeigte.

Beiden Seiten mag man raten, etwas runterzukommen. Das Thema Fracking taugt nur bedingt für ideologische Schlachten. Gerade den Gaskonzernen stände mehr Realismus gut an. Dass es in Europa zu einem Fracking-Boom wie in den USA kommt, ist extrem unwahrscheinlich: Der alte Kontinent ist viel zu eng besiedelt, als dass überall Gasbohrtürme aus dem Boden gestampft werden könnten – wie in den USA.

FRACKING

Alles begann mit dem perfekten Knick im Bohrgestänge. Zur Jahrtausendwende entwickelten Ingenieure in den USA ein Verfahren, mit dem Trägergestein in Tiefen bis zu 10.000 Meter nicht nur senkrecht erreicht, sondern auch horizontal durchbohrt und erschlossen werden kann. In den Sedimenten, meist Schiefer, lagert Gas. Um es zu fördern, kommt die umstrittene Fracking-Technik zum Einsatz.

VERFAHREN

Der Name leitet sich vom englischen *to fracture* ab – aufbrechen. Unter hohem Druck werden Wasser, Sand und kleine Mengen an Chemikalien in das Gestein gepresst, um es aufzubrechen. Das Gas kann entweichen. Allerdings kann niemand garantieren, dass dies ausschließlich kontrolliert geschieht. Das Umweltbundesamt (UBA) hat in einer Studie zum Fracking die größten Risiken aufgelistet. Die teils hoch giftigen Chemikalien, die in den Boden gepumpt werden, könnten das Trinkwasser verseuchen. Kenner der Szene gehen davon aus, dass US-Firmen Salzsäure, Benzol und andere krebserregende Stoffe einsetzen.

BEFÜRWORDER

Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) widerspricht dem Fracking-kritischen UBA. Umweltverträgliches Fracking sei möglich. Oberflächennahes Trinkwasser stehe mit dem Tiefengestein "meist nicht in Verbindung". Unstrittig ist, dass die Fracking-Förderung extrem flächenintensiv ist. Der Schiefer muss immer wieder an neuen Stellen "angezapft" werden. Im Schnitt sind sechs Bohrungen pro Quadratkilometer nötig. Ganzen Landstrichen drohe damit die Zerstörung, sagen Kritiker.

Die Technik ist zudem noch viel zu teuer. Damit sie sich in Europa lohnt, müsste der Großhandelspreis für konventionelles Erdgas bei mehr als 40 Euro je Megawattstunde liegen. Derzeit liegt er bei gerade einmal 27 Euro/MWh. Dass er weiter steigen wird, ist unwahrscheinlich: Aus Staaten wie Aserbaidschan, Turkmenistan und Katar drängen riesige Gasmengen zu weitaus günstigeren Preisen auf den Markt.

Doch auch Umweltschützer und Bürgerinitiativen sollten ihre Reflexe überprüfen. Sie machen die Energiekonzerne zu schnell zu Bösewichten, die um jeden Preis ihre Gewinne maximieren wollen. Die Politik hat keinen Zweifel daran gelassen, dass es Fracking hierzulande niemals in Trinkwasserschutzgebieten geben wird. Man wolle den Einsatz der Technik einschränken, nicht ermöglichen, sagt Umweltminister Peter Altmaier. Umweltverträglichkeitsprüfungen und die Beteiligung der Bürger sollen zwingend sein. Das alles sollte jetzt möglichst schnell gesetzlich fixiert werden, am besten gleich in Brüssel.

Fracking oder nicht Fracking – das Thema eignet sich nicht für eine Schwarz-Weiß-Debatte. Ein pauschales Verbotsgesetz würde bedeuten, dass Deutschland die Chance verpasst, eine neue Technik zu nutzen und vor allem umweltverträglich zu gestalten. In diesem Land gibt es genau die Ingenieure, die es schaffen könnten, dass eben kein giftiger Chemikaliencocktail im Erdreich landet. Den Kritikern sei ebenfalls gesagt: Erdgas ist immer noch klimaverträglicher als Kohle – und sicherer als Atomkraft ist es allemal. Wer die Energiewende will, der kommt an Erdgas nicht vorbei.

Das ist doch die Lehre aus der Energiewende: Das Thema Energiepolitik ist viel zu komplex, als dass es sich für die alten Lagerkämpfe eignet. Stattdessen täten mehr Gelassenheit und Pragmatismus der Debatte gut.

ADRESSE: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2013-02/fracking-kommentar>